

**Rede des Kreisvorsitzenden**

**Dr. Adi Weiland, MdL,**

**beim CDU-Kreisparteitag Mayen-Koblenz**

**am Freitag, dem 16. September 2011**

**in der Vulkanhalle, 56642Kruft**

Anrede, Begrüßung,

vor einem Jahr waren wir in der Vorbereitung auf die Landtagswahl. Was folgte, war ein engagierter, ja man kann sagen: „begeisterter“ Landtagswahlkampf, wenn ich z. B. an die großartigen Veranstaltungen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Andernach und mit Julia Klöckner in Polch denke.

Aber auch die vielen kleinen Veranstaltungen, von unseren Ortsverbänden, Gemeinde- und Stadtverbänden organisiert, waren gut besucht.

Sehr schnell wurde in diesem Wahlkampf deutlich:

- die CDU ist wieder da!
- die CDU steht zusammen und kämpft!
- die CDU will es wieder wissen!

Das war das Verdienst unserer Spitzenkandidatin Julia Klöckner. Mit ihr hatte die Partei landesweit wieder Mut gefasst.

Es war aber auch das Verdienst unserer Kandidatin und unserer Kandidaten, die zuvor mit großer Geschlossenheit in ihren Wahlkreisen nominiert worden waren, und dann hervorragend gekämpft hatten.

Dieser Erfolg ist und bleibt aber zuallererst Euer Verdienst, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, das Verdienst von jedem Einzelnen von Euch.

Weil Ihr gekämpft habt.

Weil Ihr Euch zur CDU, zu Eurer CDU bekannt habt.

Weil Ihr Veranstaltungen organisiert, Plakate aufgestellt, aufgehängt und geklebt habt.

Und wenn wir als CDU-Kreisverband heute Abend stolz feststellen können, dass alle drei unserer Wahlkreise direkt gewonnen wurden, und wir in Mainz wieder stark vertreten sind, dann ist das zuallererst das Verdienst der Partei und von jedem Einzelnen von Euch.

Und dafür sage ich: „Danke!“

„Danke“ sage ich auch an die Kollegin und den Kollegen für die gute Zusammenarbeit! Es ist uns dann gelungen, den Rückenwind aus dem Wahlkampf mit in die neue Fraktion zu nehmen. Hier sind wir unter Führung von Julia Klöckner gut und mit großer Geschlossenheit gestartet. Unser Kreisverband ist im neuen Fraktionsvorstand vertreten. Auch dafür sage ich „Danke“ den beiden Mitstreitern in der Fraktion für ihre Unterstützung.

Nach den SPD Verlusten von 10 % bei der Landtagswahl trennt CDU und SPD im Landtag nur ein Mandat.

Bündnis 90/Die Grünen, waren angetreten, die Landespolitik zu erneuern. Nun bilden sie das Sauerstoffzelt für die alte Tante SPD, der sie mehr schlecht als recht das politische Überleben der Regierung sichern.

Es ist mit Händen zu greifen: Beck reitet müde in die untergehende Sonne dem baldigen Ende seiner Amtszeit entgegen. Kronprinz eins im Innenministerium und Kronprinz zwei an der SPD-Fraktionsspitze üben schon mal vor dem Spiegel den Weg in die Staatskanzlei.

Was den „sozial-ökologischen Aufbruch“ hätte geben sollen, ist längst der Stoff für ein Ehedrama das kurz nach den Flitterwochen schon begonnen hat:

- Frau Lemke will kein Geld für die Formel 1- Herr Lewentz sehr wohl
- Das MdI findet die Formel 1Verträge o. k., die Grünen finden das Gegenteil
- Herr Hering will die NPD verbieten, die Grünen nicht

- Minister Hartloff fühlt sich als „Sündenbock“ im OLG-Streit, Beck fühlt sich im Recht und Köbler empfiehlt, noch mal zu rechnen
- Die stellvertretende Ministerpräsidentin (Grün) fordert öffentlich „mehr Miteinander“ in der Koalition, während Herr Köbler (ebenfalls Grün) Herrn Ministerpräsidenten daran erinnert, dass die Zeiten der Bastapolitik vorbei sind.
- Und: Herr Beck will mit Herrn Köbler nicht mehr zu Mainz 05 gehen.
- Neuerdings will die Sozialministerin die Suchtgefahren der Spielautomaten

bekämpfen, während die Grünen die Haschisch-Grenze nach oben setzen wollen:

Diese Landesregierung steht zu Beginn der neuen Legislaturperiode vor einer fast unübersehbaren Zahl von Baustellen. Aber auf diesen Baustellen entstehen nicht Projekte der Zukunft, sondern auf diesen Baustellen stehen die Bauruinen der Vergangenheit.

Beispiel OLG, das nicht da bleiben darf, wo es hingehört. Und das nur deshalb, um einen Verfassungsbruch bei der Besetzung der Präsidentenstelle zu kaschieren.

Jemand hat kürzlich mal gesagt, die Zusammenlegung des OLG in Zweibrücken wäre so, wie wenn man die UNO von New York nach Timbuktu verlegen würde. Nun will ich mich als guter Rheinland-Pfälzer nicht über die Qualität von Zweibrücken äußern. Aber eins ist klar: In Timbuktu gibts mehr Schwarze und in Zweibrücken mehr Rote, vielleicht kein ganz unbedeutender Unterschied.

Beispiel Nürburgring mit der größten in sich ruhenden Schnecke, genannt Ring-Racer, der Welt. Ebenfalls kein Konzept in Sicht.

Beispiel Bürgerbeteiligung bei der Mittelrheinbrücke. Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen!

Wie hier mit den Wählerinnen und Wählern umgegangen wird zeigt folgendes Beispiel: So stimmt Herr Puchtler als SPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Rhein-Lahn für die Bürgerbeteiligung und als Abgeordneter im rheinland-pfälzischen Landtag gegen die Bürgerbeteiligung bei der Mittelrheinbrücke. Ich finde: Kommentar überflüssig.

Eins ist klar:

Als einzige Oppositionspartei steht die CDU im Vergleich zu dieser Regierung sehr gut da: Geschlossen, engagiert, pragmatisch-unideologisch und Dank einer engagierten und charmanten Vorsitzenden auch fröhlich. Wir sind die Hinhör-Partei in Rheinland-Pfalz. Wir kümmern uns um das, was die Bürger denken. Wir sind die Partei des gesunden Menschenverstandes.

Wir wollen deshalb eine Justizreform mit den Betroffenen und mit den Bürgern und nicht gegen sie.

Wir wollen eine Zukunft für den Ring mit der Formel 1 und wir wollen eine „Transparenz-Offensive für den ehrlichen Ring“.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die die Schwerpunkte vernünftig setzt: Nämlich bei gutem Unterricht und null Unterrichtsauffall. Wer, wie die Landesregierung, 4 Mio. Euro für Ewigstudenten aus dem Fenster wirft, und im Gegenzug 2000 Lehrerstellen einsparen will, von dem kann man schwerlich behaupten, dass das etwas mit gesundem Menschenverstand zu tun hätte.

Auf Drängen der CDU nimmt demnächst eine Enquete-Kommission „Kommunale Finanzen“ ihre längst überfällige Arbeit auf. Das haben wir alle

und ich z. B. in allen Reden vor der Wahl versprochen. Und das wird jetzt gemacht!

Wir werden dann schauen müssen, wie es mit der Kommunal- und Verwaltungsreform, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, auch nach der Freiwilligkeitsphase, sinnvoll weitergehen kann und weitergehen muss. Die CDU hat der Landesregierung Offenheit für eine sinnvolle Zusammenarbeit signalisiert, wenn dies auf Augenhöhe geschieht und wenn die Kommunalreform als Teil einer umfassenden Reform der Landesverwaltung insgesamt sichtbar wird.

Darüber hinaus werden wir uns zu befassen haben mit der Einhaltung der verfassungsmäßigen Schuldenbremse und den Konsequenzen aus dem jüngsten verheerenden Bericht des Landesrechnungshofs.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Haushaltsrede in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag zurecht darauf hingewiesen, dass für die Einhaltung der Maastricht-Kriterien nicht nur der Bund, sondern auch die Länder in ihren Haushalten Verantwortung tragen. Und sie hat zurecht die Finanzpolitik der Regierung Beck als Negativbeispiel herausgestellt. Mit einer überdurchschnittlichen Gesamtverschuldung von 35 Milliarden Euro Ende 2011 trägt Rheinland-Pfalz nämlich wesentlich zum gesamtstaatlichen Defizit der Bundesrepublik Deutschland bei. Wenn wir deshalb über die Finanzlage des Landes Rheinland-Pfalz reden, dann reden wir auch immer über die Finanzlage des Bundes und die Finanzlage anderer Euro-Staaten. Wenn wir über die Stabilität des Euro reden, sollten wir also auch über unsere eigenen Hausaufgaben reden.

Und hier leistet Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eine Riesenarbeit. Ihm ist es gelungen, dass Deutschland in diesem Jahr die europäischen Defizitkriterien wieder einhalten kann. Das stärkt unsere Position in der gegenwärtigen schwierigen Lage.

Was den Euro und seine Zukunft betrifft, gibt es Anlass zu Sorge.

Aber ich sage auch:

Wir sollten keine Krise herbeireden wo keine Krise ist.

Wir haben keine Krise des Euro!

Der Euro ist eine stabile, immer noch hochbewertete Währung.

Die Inflation im Euro-Raum bewegt sich trotz aller Turbulenzen im überschaubaren Rahmen.

Was wir aber haben, das ist eine existenzielle Schuldenkrise in Griechenland. Und diese Schuldenkrise kann zu einer Krise des Euro werden, wenn sie nicht unter Kontrolle gebracht wird. Dabei ist das Problem, dass es ein ausreichendes europäisches Instrumentarium zur Lösung der griechischen Schuldenkrise noch nicht gibt. Die Instrumente liegen nicht bereit. Sie müssen erst entwickelt werden. Das ist so, wie wenn man im dichten Nebel nur noch auf Sicht fahren kann, wie wenn das Lehrbuch für Operationen am offenen Herzen erst während der Operation daran geschrieben werden muss.

Und in einer solchen Situation braucht das Land an der Spitze eine Kanzlerin, die vorsichtig, die umsichtig, die unemotional und kühl vernünftig agiert. Und weil Angela Merkel dies tut, verdient sie Lob und Anerkennung. Was wir in dieser Situation brauchen, ist nicht die große Geste, sondern solides Handwerk.

Und es wäre ein fundamentaler Irrtum, zu glauben, wenn wir Griechenland „los“ wären, wären wir auch alle Probleme „los“. Nein! Über Nacht hätten wir andere Problemfälle. Über Nacht würden die Finanzmärkte gegen andere Länder des Euro spekulieren.

Klar ist:

Dank des soliden Regierungshandelns dieser Kanzlerin konnte die CDU ihr

Versprechen halten: Deutschland ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Jetzt muss auch Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen. Denn: Unser Wohlstand ist untrennbar mit einem starken Europa verknüpft.

Wir brauchen mehr verbindliche Regeln in der Euro-Zone. Dazu braucht es keine großen Visionen. Zunächst gilt es, die gültigen Verträge mit verbindlichen Absprachen auszufüllen. Dann müssen die Lehren aus der Krise gezogen werden und in einen neuen EU-Vertrag einfließen.

Klar ist: Finanzhilfen für stark verschuldete EU-Staaten darf es nur gegen strenge Auflagen geben.

Lassen Sie mich noch ein Thema kurz ansprechen, das uns auch vor diesem Kreisparteitag innerhalb und außerhalb der Partei beschäftigt:

Das Thema: „Mindestlohn“ oder „Lohnuntergrenze“. Hier geht es nicht um Begriffe. Es geht um eine Grundfrage des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens. Die Frage nämlich: „Soll jemand, der im normalen Arbeitsprozess steht, der Vollzeit arbeitet, vom Lohn, den er für diese Arbeit erhält, leben können?“. Ich sage ganz klar: Die CDU als Partei der katholischen und evangelischen Soziallehre und der daraus entwickelten sozialen Marktwirtschaft kann diese Frage nur mit einem klaren „Ja“ beantworten.

Mit diesem Ja aber, ist die Aufgabe erst gestellt und noch keinesfalls gelöst.

Denn eine praktische Regelung dieser Frage muss dem Ordnungsgefüge der sozialen Marktwirtschaft entsprechen, sie muss sich in den Wirkungszusammenhang des Dreiecks von Tarifautonomie Geldwertstabilität und Beschäftigungspolitik mit dem Ziel Vollbeschäftigung einpassen.

Und genau dieser Anforderung kann der reflexartige Ruf nach direkten staatlichen Eingriffen nicht gerecht werden.

Und die CDU, als die Partei der sozialen Marktwirtschaft, die in ihren Überlegungen schon sehr viel weiter ist, braucht hier keine Belehrungen, weder von der SPD noch von sonst irgend jemandem.

Wir befinden uns in der CDU hierzu in einem intensiven und sehr sachkundigen Diskussionsprozess. Hieran beteiligen sich, wie sich das für eine Volkspartei gehört, alle Ebenen der Partei und auch die Vereinigungen, insbesondere die CDA aber auch die MIT. Beide Vereinigungen sind auf Landesebene in intensiven Gesprächen, um bis zum Landesparteitag, und dann hin zum Bundesparteitag eine Lösung zu finden. Eine Lösung, die unseren Vorstellungen von Lohn und Lohnfindung in der sozialen Marktwirtschaft gerecht wird. Ich denke: Auch das zeichnet Volkspartei aus! Die hier vorliegenden Anträge zu diesem Thema sollten in diesen Prozess der Meinungs- und Entscheidungsfindung Eingang finden.

Thematischer Schwerpunkt unseres heutigen Kreisparteitags ist die Vorstellung und erste Diskussion des „Entwurfs eines Kreisentwicklungskonzeptes für den Landkreis Mayen-Koblenz“.

Ich bin unserem Landrat und Freund Dr. Alexander Saftig dankbar, dass er es persönlich übernommen hat, uns dieses Konzept vorzustellen und in die innerparteiliche Diskussion einzuführen.

Wir stellen damit einmal mehr unter Beweis, dass unsere CDU-Kreistagsfraktion unter Führung von Georg Moesta, dass die Spitze unserer Kreisverwaltung Landrat Dr. Saftig, Beigeordnete Bernhard Mauel und Rudi Zenz und die CDU als Kreispartei im engen Schulterschluss die führende politische Kraft im Landkreis darstellen. Unser Ziel ist, diesen unseren Landkreis auch unter den Bedingungen neuer Herausforderungen für die Zukunft zu rüsten. Mit diesen Fragestellungen werden wir uns von heute an beginnend in den kommenden Monaten in der Kreispartei und dann in der Kreispolitik intensiv beschäftigen.